



Patrick Kurth
Mitglied des Deutschen Bundestages

Patrick Kurth, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An
[Firmen und Verbände Solar]

Berlin, 05.03.2010

Patrick Kurth MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Unter den Linden 50
Zimmer: 2.123

Telefon: +49 30 227 – 73445
Fax: +49 30 227 – 76755
patrick.kurth@bundestag.de
www.patrick-kurth.de

Wahlkreisbüro Erfurt
Schillerstraße 62
99096 Erfurt

Telefon: +49 361 3456473
Fax: +49 361 3455924
patrick.kurth@wk.bundestag.de

Mitglied im Ausschuss für Kultur und
Medien

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Sprecher für Aufbau Ost der FDP-
Bundestagsfraktion

Generalsekretär der FDP Thüringen

Entscheidung Solar im Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, hat das Bundeskabinett nunmehr die Eckpunkte für eine Reduzierung der Einspeisevergütung von Solarstrom im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschlossen. Die Proteste in Thüringen habe ich durch die Lektüre der regionalen Presse zur Kenntnis genommen. Ich möchte an dieser Stelle nochmal auf die Änderung des mir mehrfach vorgetragenen Hauptproblems hinweisen, dessen Umsetzung in den letzten Wochen viel Kraft und Arbeit gekostet hat: Die Verschiebung der Einführung der zusätzlichen Reduzierung im Vergleich zu den ursprünglichen Plänen auf den 1. Juli.

Wie Sie wissen, habe ich die von Norbert Röttgen vorgelegten Pläne, die Subventionsdegression bereits ab dem 1. April in Höhe von zusätzlichen 16 Prozent einzuführen, von Anfang an mit großer Sorge betrachtet. Insbesondere in Ostdeutschland hat sich die Photovoltaikindustrie zu einem wichtigen und zugkräftigen Wirtschaftszweig entwickelt. Nach meinem Dafürhalten darf diese positive Entwicklung durch überhastete Schritte nicht unnötig gefährdet werden. Bereits kurz nach der Veröffentlichung der ursprünglichen Pläne des Umweltministers habe ich mich – auch als Abgeordneter der Regierungskoalition – dagegen gestellt: http://www.fdp-thueringen.de/news/3254-kein_schnellschuss_bei_solaranlagen.html

Nach dieser ersten Reaktion folgten habe ich mich in den letzten Wochen mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass es zu Änderungen bei den Plänen kommen muss. Die vielen zustimmenden und positiven Rückkoppelungen von Ihrer Seite waren dabei wichtige und willkommene Informationsquellen und Bestätigung meines Engagements. **Auf der anderen Seite habe ich mich auch mit**



Befürwortern der Degression auseinandergesetzt und deren Argumente zur Kenntnis genommen.

Aus meiner Sicht habe ich das mir Mögliche getan, um Änderungen herbeizuführen. Wie angekündigt, habe ich alle ostdeutschen MdB per Brief um eine Reaktion gebeten. Mit den Verhandlungsführern der FDP sprach ich mehrfach. Am Vorabend der entsprechenden Koalitionsrunde telefonierte ich mit der FDP-Fraktionsvorsitzenden Birgit Homburger. In der FDP-Ländergruppe Mittel- und Ostdeutschland habe ich das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Dort haben wir einstimmig beschlossen, uns für eine zusätzliche Degression zum 1. Oktober einzusetzen. Dies habe ich in der Fraktionssitzung der FDP, bei der die Verhandlungsergebnisse vorgestellt wurden, eingebracht und nochmaligen Veränderungsbedarf mit Nachdruck und mit Hinweis auf die unkalkulierbaren Folgen für die Wirtschaft angemeldet.

Leider konnten wir uns mit dieser Forderung gegen die einflussreichen Gegenstimmen nicht in Gänze durchsetzen. Man darf nicht vergessen, dass die ursprüngliche Vorlage („Röttgen-Alt“) von der Mehrheit der Koalition begrüßt und unterstützt wurde. **Es war also von vornherein klar, dass es im besten Fall auf einen Kompromiss zwischen beiden Positionen hinauslaufen würde. Umso bemerkenswerter ist es, dass unser Engagement trotz der genannten erheblichen Widerstände zu einer spürbaren Verschiebung auf den 1. Juli geführt hat.**

Ich will Ihnen hiermit nochmal deutlich machen, dass ich im Ergebnis davon ausgehen kann, dass u.a. meine Initiativen zu den Veränderungen beim vorläufigen Kabinettsentwurf führten. Ob diese befriedigen, ist natürlich immer Sache des Betrachters.

Grundsätzlich begrüße ich auch das Engagement von Seiten der Thüringer Landesregierung. Allerdings kamen die Vorschläge aus dieser Richtung im Ergebnis zu spät und nicht mit dem Nachdruck, den man von einer Landesregierung erwartet hätte und auch hätte erwarten dürfen. Insbesondere das Agieren des Wirtschaftsminister Machnig hinterließ wohl in Thüringen Spuren, nicht aber in der Bundeshauptstadt. Herr Machnig kann nicht in Thüringen den Aufstand anführen und in Berlin unsichtbar bleiben. Dann ist klar, dass man nicht gehört wird. Leider wurde dadurch entscheidender Einfluss auf die Verhandlungsergebnisse verspielt. Man kann sich deshalb fragen, ob der Vorstoß mit ausreichender Ernsthaftigkeit unterfüttert war oder ob wir hier eher von einer Alibi-Aktion reden müssen.

Besonders zu kritisieren ist die fehlende Geschlossenheit der Mitteldeutschen Länder, die aus meiner Sicht von Thüringen ausging. Den Gegnern der Alternativvorschläge wird es sehr leicht gemacht, wenn die Betroffenen sich nicht mit einer Stimme wehren. Es ist sehr ungeschickt, wenn Thüringen in dieser Sache einen anderen Vorschlag präsentiert, der nicht mit den Vorschlag aus Sachsen oder Sachsen-Anhalt übereinstimmt.



Trotz des Kabinettsbeschlusses bin ich gewillt, weiterhin meine Haltung deutlich zur Sprache zu bringen und auf eine Veränderung „in letzter Minute“ hinzuwirken. Immerhin hat das Kabinett noch keinen Gesetzesentwurf beschlossen, sondern nur Formulierungshilfen für die Fraktionen. Jetzt ist auszuloten, was innerhalb der Fraktionen und im weiteren parlamentarischen Verlauf noch machbar ist. Nach Rücksprache mit den Thüringer MdB der CDU will ich allerdings auch keine falschen Hoffnungen erwecken. An den vorgelegten Plänen ist wohl nur noch wenig zu rütteln. Es gibt kaum noch Spielraum für Veränderungen. Der Bundestag hat sich zwar noch nicht mit dem Thema beschäftigt, allerdings sind nach den intensiven Diskussionen im Vorfeld die Messen weitgehend gesungen.

Herr Machnig kann nicht in Thüringen den Aufstand anführen und in Berlin unsichtbar bleiben. Dann ist klar, dass man nicht gehört wird

Dafür allerdings werden 100 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die in Forschung und Entwicklung für kleinere und mittlere Firmen eingestellt werden. Hier ist vor allem das Engagement der CDU-Kollegen hervorzuheben.

Im Folgenden fasse ich nunmehr die Eckpunkte der Vereinbarung Union/FDP zur Solaranlagenförderung vom 23.02.2010 zusammen.

- Senkung der Vergütung für eingespeisten Solarstrom ab dem 1. Juli dieses Jahres bei Dachanlagen um 16 Prozent
- Bei Freiflächen um 15 Prozent.
- Konversionsflächen (Mülldeponien, alte Industriebrachen oder Militärgelände) nur Absenkung um 11 Prozent
- Anlagen auf Ackerflächen keine Förderung mehr (Ausnahme: wenn als Gewerbegebiet ausgewiesen)
- Bereits bestehende Anlagen sind von der Kürzung nicht betroffen.
- Übergangsregelungen für Freiflächenanlagen
- Eingespeister Solarstrom wird vom Bund mit einem auf 20 Jahre garantierten Festpreis vergütet. Die Differenz zwischen dem staatlich garantierten Abnahmepreis und dem deutlich niedrigeren Marktpreis wird durch einen Aufschlag auf die Stromrechnung sämtlicher Verbraucher finanziert.
- Korrigiert wurde auch der Plan der verstärkten Hilfen für den Eigenverbrauch von Solarstrom: Der Vorteil hier soll gegenüber der Einspeisung ins Stromnetz nun nur noch acht Cent statt der geplanten zehn Cent betragen. Der Eigenverbrauch galt als Schlupfloch, um den Kürzungen zu entgehen.
- Ab 2011 können zusätzliche Kürzungen greifen: Bei einem Zubau von mehr als 3500 Megawatt soll sie zwei Prozentpunkte betragen, ab 2012 würden es dann drei Prozentpunkte sein.



Durch das bisherige Engagement Thüringer MdB gab es folgende Änderungen:

1. Wir haben eine Fristverschiebung erreicht.
2. Es werden immerhin 100 Mio. Euro zusätzlich für FuE-Mittel bereit gestellt.

Haben Sie nochmals vielen Dank für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung. Ich stehe weiterhin gerne als Ansprechpartner in der Sache zur Verfügung und bitte Sie sehr herzlich, mir Ihre – auch kritische – Reaktion mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Patrick Kurth